

# Laibacher Zeitung.



Mr. 51.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl.  
halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Aus  
halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 3. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fr.,  
2 mal 90 fr., 3 mal 120; sonst pr. Zeile 1 mal 8 fr., 2 mal 9 fr.,  
3 mal 12 fr. u. s. w. Insertionskempel jedem 30 fr.

1873.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. Februar d. J. die Landesgerichtsräthe Johann Kaprež in Laibach und Johann Schmidmayer in Graz zu Oberlandesgerichtsräthe, ersteren bei dem Landesgerichte in Laibach, letzteren bei dem Oberlandesgerichte in Graz allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Ferdinand Freih. v. Wussin, Joseph Freih. v. Reznicek, Ad. Ritter v. Parmentier, Dr. Hermann Rößler, Joseph Stummer Ritter v. Traunfels, M. Kaufmann und Dr. Karl Schierl Ritter von Moorburg die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Österreichische Actiengesellschaft für Heeresausrüstung“ mit dem Sitz in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Springer und Aub die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Wiener Stadt- und Vororte-Baugesellschaft“ mit dem Sitz in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Wahlreform und Galizien.

Der „B. V.“ widmet der demonstrativen Aktion der Polen in der Wahlreformfrage an leitender Stelle einen beachtenswerten Artikel, den wir hier nachfolgen lassen: „Die Verhandlungen mit den Polen sind gescheitert und zum zweitenmale vollzieht sich das unerquickliche Schauspiel eines parlamentarischen Massenstrikes. Die Thatsache kann die Freunde des verfassungsmäßigen Regiments in Österreich nur unangenehm berühren. Das Bedürfnis des inneren Friedens ist in dem Jahre, seit welchem die Verfassungspartei die politische Herrschaft in Cisleithanien ausübt, sicher kein geringeres geworden, und es ist objektiv eine bedauerliche Erscheinung, wenn sich der Befriedigung dieses Bedürfnisses immer wieder neue und unvorhergesehene Schwierigkeiten entgegenstellen. In solchen Augenblicken darf wohl der Versuch gemacht werden, die Frage nach der Verantwortung aufzuwerfen, die Angelegenheit in ihrem ganzen Zusammenhang zu prüfen und das Ausmaß der Schuld, welche dem einen oder anderen Theile zufällt, festzustellen.“

Das Ministerium Auersperg ist mit dem aufrichtigen Wunsche in die Leitung der Geschäfte eingetreten, eine Verständigung mit den Polen herbeizuführen. Die Thronrede sicherte ausdrücklich die Bereitwilligkeit der Regierung zu, den „im Schoße der Reichsvertretung“ geltend gemachten Wünschen der Polen innerhalb der Grenzen der Einheit und Macht des Gesamtstaates recht zu werden und diese Angelegenheit zum endgültigen Abschluße zu bringen. Kein späteres Ereignis hat diese Bereitwilligkeit modifiziert. Obwohl in den Besitz des Nothwahlgesetzes gekommen, obwohl nicht unmittelbar von einer rein negativen Haltung der polnischen Abgeordneten bedroht, hat die Regierung keineswegs daran gedacht, sich von ihrem Worte loszusagen und billige, berücksichtigenswerte Ansprüche zurückzuweisen. Wie immer man über die Formen der Behandlung der galizischen Frage denken mag, jedes einzelne Stadium der Verhandlung, insbesondere die Beratung des sogenannten Ausgleichselsborates hat von einer wahrhaft unerschöpflichen Geduld des Ministeriums und von einer durch keinen Zwischenfall zu erschütternden Mäßigung und Ruhe Zeugnis gegeben. Ein so kräftiges politisches Mittel, wie das der Heranziehung des ruthenischen Elementes zur Bezeugung eines ganz ungerechtfertigten und sich in zahllose Widersprüche versierenden Widerstandes, ist nicht einmal ange deutet worden. Niemals wurde das Nationalgefühl des polnischen Volkes verletzt, niemals die Rücksicht bei Seite gesetzt, die man seiner besonderen Stellung, seinen Traditionen, seiner Rechtsauffassung schuldig zu sein glaubte. Die Geschichte dieser Ausgleichsversuche ist eine Geschichte gouvernementaler Nachgiebigkeit und gouvernementalen Entgegenkommens, wie ihr nicht leicht eine zweite Seite gesetzt werden könnte.

In der That hatte es eine zeitlang den Anschein, als ob diese Haltung der Regierung nicht ohne eine gewisse Rückwirkung auf die polnischen Reichsrathsabge-

ordneten bleiben sollte. Man durfte sich dem Glauben hingeben, daß die Thätigkeit des Grafen Goluchowski, eines Vermittlers, der kaum des Mangels an Sympathien für die polnische Sache beschuldigt werden konnte, zu einem besonneneren und weiseren Schritte führen werde, als zu dem der Secession. Wenn die stürmischeren Elemente im polnischen Club die Oberhand behalten, wenn alle gemäßigteren Vorschläge von der Hand gewiesen würden, so haben sich die Polen damit selbst ins Unrecht gesetzt, und sie sind es, welche die nothwendigen Consequenzen dieses Unrechts tragen müssen.

Die Thronrede hat die Grenzen der Galizien zu gewährenden Concessionen festgestellt. Man führt nur Gerechtigkeit, wenn man anerkennt, daß sich die Polen den Forderungen nie verschlossen haben, welche vom Standpunkte der Machtfragen des Gesamtstaates an sie gestellt wurden. Jede Delegation hat Zeugnis dafür gegeben, daß sie mit Opferwilligkeit für diese Forderungen eingetreten sind. Aber Patrioten im Sinne der Macht des Staates sind sie — nicht Patrioten im Sinne seiner Einheit. Ihr Standpunkt ist kein österreichischer, ihre Politik schlägt besondere Wege ein. Zu den Verwirrungen der inneren Lage, zur Fortsetzung des staatsrechtlichen Haders, zur Verschärfung der bestehenden Ge gensätze haben sie ihr reichliches Theil beigetragen. Wenn sie nicht offen gegen die Verfassung aufgetreten sind, so haben sie sie doch nicht ohne Vorbehalte und Reserven akzeptiert. Sie haben von ihren Rechten Gebrauch gemacht, aber sie waren nicht immer geneigt, sich auch ihren Pflichten zu unterwerfen. Das Verhältnis, welches sie zur Frage der Wahlreform eingenommen haben, beweist, daß sie die Thatsachen der Verfassung keineswegs als Rechtsthatsachen, sondern nur als Verhandlungsgegenstände, gewissermaßen als staatsrechtliche Tauschobjekte für die Ansprüche ihrer eigenen Politik anerkennen.

Gerade in dem Punkte der Wahlreform konnte aber weitere Nachgiebigkeit von Seite der Regierung nicht erwartet werden. So bindend ihre Zusicherungen in betreff der polnischen Frage waren, weit bindender und von ungleich präzisierer Bedeutung ist ihr Reformprogramm. Mit diesem Programm verknüpft sich die politische Bedeutung des Ministeriums nicht nur, sondern auch seine politische Berechtigung. Es würde sich selbst aufgeben, es müßte von seiner Partei aufgegeben werden, wenn es die Selbstcontumacierung der Polen nur einen Augenblick lang in der Durchführung der Hauptache wankend machen könnte. Die Wahlreform wird ungeachtet dieser Selbstcontumacierung keine Verzögerung erleiden. Tritt sie in den Kreis der vollbrachten politischen Thatsachen, so wird damit auch mehr als eine der Schwierigkeiten wegfallen, welche man jetzt als unlösbar anzusehen sich genötigt glaubt. Gewissen Parteien imponiert nur die reale Lösung, nur das fait accompli. Hat man einmal alle diese Fragen von der Bahn abgedrangt, auf welcher sie zunächst ihre Entscheidung hätten finden müssen, glaubt man Fragen, über welche eine friedliche und lohale Verständigung möglich war, mit dem ganzen Apparate eines großen politischen Meinungsstreites und Machtkampfes auszutragen zu müssen, so kann man sich nicht wundern, wenn die Verfassungspartei auch die daraus sich ergebenden Consequenzen akzeptiert. Sie wird ihre Ziele ruhig und besonnen zu verfolgen haben, ohne Rücksicht auf eine Opposition, die sie bedauern mag, zu der sie aber keine Veranschlagung gegeben hat und die zu ignorieren jetzt allerdings in ihrer Macht liegt. Ist die Wahlreform zu Ende gebracht, so werden sich wohl auch wieder die Anknüpfungspunkte für eine Verständigung finden lassen, welche der gemäßigte Theil der Partei und die österreichische Regierung gewiß nicht zurückweisen werden, wenn auch die bisherige Haltung der Polen zu einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung mahnen muß.“

### Zur Erledigung der Eisenbahnvorlagen.

In Nummer 9 der „Finanziellen Blätter“ wird der Ansicht beigetreten: daß die Erledigung volkswirtschaftlicher Vorlagen dem aus directer Wahl hervorgegangenen beziehungsweise dem künftigen Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates überlassen werden sollte. Das genannte, national-ökonomische Interessen behandelnde Organ sagt:

„Zwar schüchtern und verschämt, aber doch für jedermann deutlich erkennbar, wird unsere in der vorigen Nummer ausgesprochene Ansicht, daß das gegenwärtige Abgeordnetenhaus sich einzigt und allein nur noch mit der Wahlreformfrage beschäftigen, dagegen alle volkswirth-

schaftlichen Vorlagen dem künftigen aus directen Wahlen hervorzugehenden Parlamente zur Beratung überlassen sollte, fast allseitig akzeptiert. Es besteht nur noch darin eine Divergenz der Anschaulungen, ob auch die bereits eingebrachten Eisenbahngesetzwürfe zurückzuziehen oder ob nur neue wirtschaftlichen Vorlagen, wie z. B. die Steuerreformgesetze, an den jetzt bestehenden Reichsrath gelangen sollen. Die Regierung will, so sagen uns die mit derselben in intimer Verbindung stehenden Organe, sich in letzterer Hinsicht Enthaltsamkeit auferlegen, gedenkt aber nach wie vor die Eisenbahnvorlagen noch in dieser Saison durchzubringen. Wir wissen natürlich nicht, was die Regierung zu thun gesonnen ist; für den Fall aber, daß sie selber fühlt, wie wenig geziemend es ist, daß ein der Auflösung nahes Abgeordnetenhaus Gesetzwürfe annehme, die dem Staate ungeheure finanzielle Opfer auferlegen müssen, würde es ihr auch gewiß nicht schwer werden, sich von ihren Freunden im Abgeordnetenhaus um Zurückziehung der Eisenbahnprojekte ersuchen zu lassen, um so das Decorum zu retten. Daß in einzelnen Abgeordnetenkreisen bereits starke Bedenken in dieser Beziehung zu walten beginnen, kann man aus den Anträgen entnehmen, die beßriglich der Preidl- und arlberger Bahn im Eisenbaunausschuß gestellt worden sind, Anträge, die auf Sichtierung der gegenwärtigen Beratung über diese Bahnen hinzuwirken. Es wäre in der That eigenhümlich, wenn gerade die technisch schwierigen und voraussichtlich schlecht rentierenden Bahnen in Österreich, wie die Preidl-, die arlberger, die galizischen, dalmatinischen und istriianischen Bahnen von einem Parlamente votiert werden würden, welches nur noch wenige Wochen in seiner jetzigen Zusammensetzung versammelt bleibt und welches in seiner Majorität seit Jahren anstrebt, einem neuen Abgeordnetenhaus Platz zu machen. Dieses selbe Abgeordnetenhaus, welches bei seinem Drängen nach Einführung der Wahlreform sich doch von dem Gedanken hat leiten lassen müssen, daß nur eine direkte Volksvertretung auch eine wahre Vertretung der volkswirtschaftlichen Interessen sei, würde es sich nun nicht mit seiner eigenen Meinung in offenen Widerspruch setzen, wenn es die zufällige Gewalt, die es noch momentan besitzt, dazu benützen wollte, um Eisenbahnen mit den Herstellungskosten von 200 Millionen zu votieren, für die der Staat durch eine lange Reihe von Jahren den größten Theil der Betriebskosten und die Zinsgarantie zu leisten hätte?“

Und wenn noch die in Beratung stehenden Eisenbahnen in Bezug auf ihre Zweckmäßigkeit so über jeden Zweifel erhaben wären, daß ihre Ausführung als ein vom ganzen Abgeordnetenhaus erkanntes Postulat gelten dürfte, wenn die volkswirtschaftliche Bedeutung jeder einzelnen Trasse von keiner Seite, weder innerhalb noch außerhalb des Parlamentes irgendwie bestritten würde, dann ließe sich es immerhin einigermaßen rechtfertigen, wenn der gegenwärtige Reichsrath, seinem eigenen und des Volkes klar ausgesprochenen Willen nachgebend, noch kurz vor dem Ende seiner Thätigkeit die beantragten Eisenbahnlinien bewilligen würde. Gerade das Gegenteil einer solchen Voraussetzung ist aber hier vorhanden. Die Preidl bahn hat auch in Abgeordnetenkreisen mit Recht zahlreiche Gegner; die Herstellung dieser Linie kann aber umso weniger votiert werden, als das släker Confortium die Linie Triest-Právald-Bach ohne staatliche Garantie zu bauen sich bereit erklärt hat; solchem Anerbieten gegenüber wäre es überaus leichtsinnig gehandelt, wenn dieses Abgeordnetenhaus trotzdem dem Staat ein Opfer für eine Eisenbahnlinie auferlegen würde, die eines solchen Opfers nicht zweifellos werth ist. Ist es etwa mit der arlberger Bahn besser beschaffen? Wenn im ersten Theile der Session diese Eisenbahnvorlage zurückgewiesen wurde, weil nicht nur ihre Durchführbarkeit überhaupt, sondern auch ihre volkswirtschaftliche Bedeutung lebhaft bekämpft wurde, sollten seitdem alle darauf bezüglichen Verhältnisse sich in ihr Gegenthilfe verkehrt haben? Ist heute unwiderleglich gut, was noch gestern und vorgestern als nogos und verwerflich erkannt wurde? Und was endlich die galizischen Bahnen betrifft, so zeigen wir an anderer Stelle unseres Blattes die eigentlichen Motive, welche für diese parlamentarische Klagod geltend gemacht werden. Die angeführten Eisenbahnen involvierten aber außerdem dadurch, daß ihr Bau, wie bei der Preidl- und arlberger Bahn, zu den schwersten Aufgaben der Technik gehören dürfte, die Frage, ob nicht der Staat selbst diese Bauten, zu welchen sich die Privatindustrie ohnehin nur bei ganz abnormalen Zinsgarantien verstehen würde, selbst zu übernehmen habe. Da eben in Deutschland und

England das Prinzip der Staatsbahnen mit dem der Privatbahnen einen harten Strauß kämpft, welcher keineswegs zugunsten der letzteren sich zu neigen scheint, so ist es wohl auch in Österreich an der Zeit, sich neuerdings mit diesem Gegenstande eingehend zu beschäftigen. Wir wollen uns hiebei keineswegs zu Vorkämpfern des Prinzips der Staatsbahnen, und zwar für alle Fälle, aufwerfen, aber gewiß ist, daß dieses Prinzip, wenn je, so bei der Berathung über Gebirgsbahnen ersten Ranges im Reichsrathe zur Sprache gelangen muß. Einen solchen Prinzipienkampf auszufechten, eine der eminent wichtigsten ökonomischen Fragen der Gegenwart zu behandeln, dazu hat das Abgeordnetenhaus, wenn wir von allen anderen Motiven absehen wollen, jedenfalls keine Zeit mehr. Dies allein genügt, um dringend von einer weiteren Behandlung der Bahnvorlagen abrathen zu müssen."

### Aus dem ungarischen Reichstage.

In der am 27. v. M. stattgefundenen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte über das Budget des Kultus- und Unterrichtsministeriums beendet.

Demeter Bonis plädiert für Aufrechterhaltung der konfessionellen Schulen unter strenger Aufsicht der Regierung und für Verleihung der Befugnis an die Confessionen, etwaige zweckmäßige Verordnungen durch die Administrativbehörden durchzuführen zu lassen.

Sokozar Miletić bringt einen Antrag auf Entsendung einer Neuner-Commission ein, welche alle auf den serbischen Nationalcongress bezüglichen Angelegenheiten untersuchen und darüber berichten soll, ob das Vorgehen der Regierung gegen die Congresse von 1870 bis 1872 und die Entsendung des königlichen Commissärs zweckmäßig gewesen.

Baron Michael Kemenyi urgiert die Revision des Schulgesetzes.

Alexander Csiky wünscht die Aufhebung des Cölibates und daß die ungarische katholische Kirche vom Papste unabhängig gemacht werde.

Es sprechen noch Zivkovic, Madarasz, Granci und Trefort, der über die Kultusangelegenheiten später Aufklärung zu geben verspricht.

Das Haus nahm mit 61 gegen 39 Stimmen Granci's Antrag an, wonach die Regierung angewiesen wird, ehestens Gesetzentwürfe über Religionsfreiheit und Einführung der Civilehe vorzulegen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über das Eisenbahn-, Wasser- und Steinstrassenetz wird demnächst die Thätigkeit des ungarischen Reichstages in Anspruch nehmen.

Nach den Informationen des „Pesti Noplo“ wird in den beiden Gesetzentwürfen, welche sich auf diesen Gegenstand beziehen, namentlich auf die sogenannten Staats- und Landhaussäben und im allgemeinen darauf das Hauptgewicht gelegt, daß die gesammelten Landes- und Local-Communicationspläne mit den bereits bestehenden Eisenbahnen und Wasserstraßen in Einklang gebracht und so ausgeführt werden, daß künftig in jeder Schritt, welchen das Land durch die Municipien zur Erhaltung oder Herstellung der Straßen thut, planmäßig, den allgemeinen Communications-Interessen entsprechend gemacht werde.

## Feuilleton.

### Das vergrabene Testament.

Erzählung von Ed. Wagner.  
(Fortsetzung.)

#### III.

##### Bater und Sohn.

Die Nacht war kalt und feucht hereingebrochen und ein starker Wind wehte, als Amos Hadd von Wilchester Towers herunterkam und durch die Allee der Straße zischte. Die Blätter fielen bei jedem Windstoß von den Bäumen und raschelten dann und wann, von einem Wirbelwind aufgerüttelt, in großen Massen an ihm vorüber. Der Himmel war mit schweren Wolken bedeckt, durch welche nur wenig matte Lichtstrahlen drangen, so daß die einzelnen Gegenstände der Landschaft nur in ihren äußersten Umrissen zu erkennen waren.

In der Mitte der Allee blieb der Administrator stehen und schaute zurück, indem ein triumphierendes Lächeln über sein Gesicht glitt und aus seinen Augen volle Befriedigung leuchtete.

„Endlich!“ murmelte er, seine Arme über der Brust zusammenschlagend, „endlich siehe ich dicht vor dem Ziel, welches ich vierzig Jahre lang zu erreichen getrachtet habe! Ich kam als ein armer Jüngling an diesen Platz, abhängig von der Güte und dem Mitleid des letzten Baronets; — in drei Monaten werde ich an seiner Stelle herrschen und sein Sohn Sir Archy wird der Abhängige sein. Das ist gut,“ rief er laut mit höhnischem Gelächter. „Das Regiment der stolzen Wilchesters ist seinem Ende nahe und das Regiment der Hadds nimmt seinen Anfang.“

Wieder lachte er, aber in seiner stillen, geräusch-

losen Weise, die seine innere Befriedigung ausdrückte. Dann streiften seine Blicke gierig über die stattlichen Gebäude mit ihren großen, majestatischen Thürmen und ruhten lange auf dem alten „Grauen Thurm“, in welchem ein Fenster matt erleuchtet war. Es war das Kammerfenster der alten, hundertjährigen Bettine, welche mit den Fledermäusen und Dohlen in dem verfallen Thurm wohnte.

„Die alte Hexe“, sagte der Administrator verächtlich. „Wenn ich das Schloß übernommen habe, werde ich sie in das Arbeitshaus schicken, wohin sie schon vor fünfzig Jahren hätte gehen sollen. O, das wird hier große Veränderungen geben in den nächsten Monaten! Sir Archy kann mich noch nicht ergründen.“

Bei diesen Worten drehte er sich um und suchte seinen Weg durch die Allee fort. Als er an das Thor kam, öffnete er dasselbe, ohne den Wärter zu wecken, mit einem Schlüssel, welchen er aus seiner Tasche zog, und schritt dann auf der Straße rasch seiner Wohnung zu.

Hier habe ich die längste Zeit gewohnt, dachte er, als er durch die schmale Thür in das Haus trat. Und wenn ich dieses Haus verlasse, lasse ich für immer jede Unterwürfigkeit hinter mir. Es kommt mir jetzt bei meinen angenehmen Aussichten weniger unbehaglich vor als gewöhnlich.

Er legte in dem Vorsaal seinen Ueberrock ab und ordnete sein zerzautes Haar, wobei er bemerkte, daß die Thür des Gesellschaftszimmers halb offen stand und daß ein heller Schein und eine angenehme Wärme aus demselben strömte. Dieses Zimmer war gewöhnlich verschlossen und auch kein weibliches Wesen im ganzen Haushalt hatte das Recht, sich darin aufzuhalten; der Administrator selbst zog es vor, seine Freistunden in dem kleinen Arbeitszimmer zu verbringen.

Ein Besuch, dachte Hadd. Es ist besser, ich gehöre gleich zu ihm und schaffe ihn wieder von hier fort.

Instanz aus erfolgen.“ Der „Magdb. Btg.“ wird über dieselbe Angelegenheit geschrieben: „In den Kreisen unserer Haute Finance ist man nach den uns gewordenen Mittheilungen durchaus damit einverstanden, daß die Special-Untersuchungscommission ihre Thätigkeit möglichst extensiv fasse, um so weit als irgend thunlich allen Schwendeleien auf die Spur zu kommen, die bei den tausenderlei Finanzgeschäften der letzten zwei Jahre untergetaufen sind. Unsere Geschäftswelt kennt diejenigen Unternehmungen, die auf Humbug basieren, ganz genau und wünscht die gründlichste Enthüllung um ihres Credites wie ihres Renommés halber, damit nicht das große Publicum zu der Vorstellung gelange, es sei auf dem Gebiete der Gründungen alles durch die Bank faul. Keine Annahme ist unbegründeter als diese.“

## Politische Uebersicht.

Laibach, 2. März.

Der „Ungarische Lloyd“ bespricht die Stellung der ungarischen Parteien zur österreichischen Verfassungspartei, betont die angeblichen Verhandlungen Sennheys mit den Anhängern der fundamentalartikel und sagt: „Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir jede Einmischung eines Mitgliedes der Demokratischen Partei in die cisleithanischen Angelegenheiten zu unzureichend erachteten wären mit dem formellen Austritte aus der Deutschen Partei — eine Auffassung, welche, wie wir glauben, von unseren deutschnationalen Collegen getheilt wird.“ — Wie „Reform“ meint, würden die Ferien des ungar. Abgeordnetenhauses am 30. März beginnen und bis 20.—21. April dauern, während welcher Zeit die Delegationen ihre Aufgaben erledigen sollen. Von Ende April bis Anfangs Juni würde das ung. Unterhaus sein Wirkungsbereich wieder aufnehmen, und zwar die Steuergesetzgebung, das 1874er Budget in Verhandlung ziehen.

Die preußische Regierung hat auf dem Gebiete des Eisenbahn-Concessionswesens noch bevor die Untersuchungskommission ihre Thätigkeit begonnen hatte, eine Reformmaßregel eingeführt. Noch seit Jahren die Mehrheit der Minister steht gegen gewesen sein soll, daß das Eisenbahn-Concessionswesen dem alleinigen Ermessen des Handelsministeriums überlassen sei, haben auf Antrag des Fürsten Bismarck die sämtlichen Minister, den Handelsminister mit geschlossen, zugunsten der Annahme des Grundgesetzes geeinigt, daß das Eisenbahn-Concessionswesen fünfzig Staatsministerial-Beschlüsse gebunden werde.

Die Nationalversammlung in Berlin ging am 27. v. M. in die Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Befugnisse der öffentlichen Gewalten ein, welche für dringlich erklärt ward. Der Minister Dufaure erklärte, daß die Regierung den vorliegenden Gesetzentwurf annahme. Es sprechen mehrere Redner, worunter Marquis de Castellane, weiter zum Nationalversammlung die Errichtung der konstitutionellen Monarchie verlangt, und Haentjens, der namen einer Anzahl von Deputierten eine Erklärung verfasst, worin sich dieselben für die unmittelbare Berufung des Volks aussprechen.

Im englischen Unterhause trat der Kriegsminister Cardwell abermals auf, um die Armeevoraussetzung zu erläutern. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf

Er ging nach der Thür, riß dieselbe auf und blieb verwundert am Eingang stehen, als er die sorglos auf dem Sofha vor dem Kamin ausgestreckte Gestalt eines jungen Mannes sah. Im nächsten Augenblick verlor sich sein Gesicht und freudig rief er aus:

„Jason! Ist es möglich? Ich erwarte dich morgen.“

Er eilte vorwärts und streckte beide Hände willkommen aus.

Sein Sohn stand auf und kam ihm entgegen, läpfing aber die härtlichen Begrüßungen seines Vaters als ob sie ihn ärgerten.

„Wie sehr du dich verändert hast in den Jahren deiner Abwesenheit!“ rief der Administrator mit Bewunderung. „Du hast mich gut belohnt für alle Ausgaben, welche ich delinetwegen gemacht habt.“

Er betrachtete seinen Sohn ernst und aufmerksam, nichts angiebendes, nichts vornehmes in der Erziehung des jungen Mannes war. Er war etwa zwanzig und zwanzig Jahre alt, groß und schlank, aber kräftig, sein Gesicht war bleich, sein Haar beinahe flachsartig und die Spizzen seines langen blonden Bartes hielten sich auf die Schultern; seine Augen waren hellblau, aber sein Blick war nicht frei und offen. Er war nicht gekleidet, Diamanten glänzten auf seiner Brust und werthvolle Ringe an den Fingern an seiner Hand. Es schien offenbar, als wolle er durch seinen Glanz ersezten, was die Natur ihm an Männlichkeit versagt hatte. Beim ersten Anblick hätte man ihn für einen Modenarren halten können, ein schärferer Blick jedoch mußte bald entdecken, daß er viel von seinem Vaters hartem abstörenden Charakter geerbt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

14,416,400 fl., was eine Verminderung und Ersparnis von 408,000 fl. gegen das laufende Finanzjahr darstellt. Die Ersparnisse würden ein Bedeutendes größer sein, wenn nicht die Ausgaben unter manchen Posten durch die bedeutend erhöhten Preise für alle möglichen Bedürfnisse um 400,000 fl. gewachsen wären.

Der "Times" wird berichtet: "Italien, Österreich und wahrscheinlich die Mehrzahl der europäischen Mächte haben beschlossen, bis zu der Bildung einer geordneten Regierungsform, welche Italien dann sogleich anerkennen wird, mit der gegenwärtigen spanischen Regierung amtliche Beziehungen zu unterhalten. Russland zeigt einige Abneigung gegen die Anerkennung der gegenwärtigen Verhältnisse in Spanien."

Dem dänischen Reichstage wurden in neuester Zeit von den Kriegs- und Marineministern umfassende Vorschläge zur Kräftigung der Wehrmacht vorgelegt. Während das Landheer nicht gerade vermehrt, sondern nur schlagfertiger organisiert werden soll, will man die Flotte durch neue und mächtige Kriegsschiffe so bedeutend vermehrt wissen, daß sie im Verhältnisse zur Größe und Einwohnerzahl des Landes stärker würde als die Flotte irgend eines anderen Landes der Welt. Gleichzeitig will man durch Befestigungen Kopenhagen gegen ein Bombardement sichern, dann ebenso den Sund und die beiden Welte sperren. — Der betreffende Ausschuß des Volksstings empfiehlt einstimmig die skandinavische Münzkonvention; die Annahme derselben seitens des dänischen Reichstages ist somit sehr wahrscheinlich. Inbetreff der Laurionfrage wurde zwischen einem konstantinopeler Consortium und dem bisherigen Besitzer Serpieri ein vollständiges Arrangement abgeschlossen, wodurch ersteres die Laurionhalden um zwölf ein halb Millionen Hrs. ersteht. Hinter dem Consortium steht angeblich die griechische Regierung. In diplomatischen Kreisen betrachtet man dieses Arrangement als die englische, alle Beteiligten befriedigende Lösung der Streitfrage.

## Das Bagatellverfahren

nimmt in der Serie der Gesetze zur Reform des österreichischen Civilprozesses einen hervorragenden Platz ein. Wir wollen die Bestimmungen dieses Gesetzes recapitulieren:

Das Bagatellverfahren findet nur vor den Bezirksgerichten statt, in allen Fällen, wo der Streitgegenstand 25 fl. nicht übersteigt, auch wenn das Handelsgericht competent wäre. Nach den bisherigen Wahrnehmungen allen nahezu drei Viertel aller Civilstreitlagen in diese Kategorie. In Wien, Prag und Triest werden für vergleichen Handelsstreitigkeiten Bagatellgerichte in Handelsachen eingeführt werden. Vor dem Bezirksrichter wird die Klage mündlich oder schriftlich angebracht, und an bestimmten Gerichtstagen können Parteien vor seinem Tribunale ihren Handel ganz einfach anzeigen, durchsprechen, durchstreiten und das Urteil bekommen, und das alles in einem Zuge und wo möglich bei einer Tagfazzung. Den Parteien steht es frei, persönlich zu erscheinen oder sich vertreten zu lassen. Der Bevollmächtigte braucht nicht eigenberechtigt zu sein; ja es können sich Ehemänner durch ihre Gattinnen vertreten lassen. Die Verhandlung ist bis zur Verkündigung ihres Schlusses als ein Ganzes anzusehen; alles bis dahin Vorgebrachte ist rechtzeitig vorgebracht — die Eventualmaxime findet daher keine Anwendung; ebenso wenig aber ist der Richter willens an das Vorbringen der Parteien gebunden; im Gegentheile, er greift wesentlich in die Prozeßführung ein, leitet das Verfahren, ordnet die Beweisaufnahme an, faßt Beschlüsse, wogegen es keinen Recurs gibt, nimmt Zeugenvorkehrung, Augenschein, Vergleichung der Handschriften vor, versügt die Vernehmung der Parteien als Auskunftspersonen, bestimmt Schadenersatzsummen nach billigem Ermessen, übt die Sizungspolizei aus, ist Inquirent bis zu einer bestimmten Grenze und unabhängig in der Amtsführung. Keine Regel bindet ihn bei der Zulassung und Würdigung der Beweise. Den Rechtspruch macht er auf Grund der Gesamtergebnisse der Verhandlung. Frei ist daher die Bewegung der Parteien in der Prozeßverhandlung, kräftig und eingreifend der richterliche Einfluß in der Prozeßleitung, unbeugt das richterliche Erlassen in der Würdigung der Ergebnisse der Verhandlung, inappellabel der Richterspruch.

Da der Richter blos unter der Controle der öffentlichen Meinung steht, so hängt die ursprüngliche Wirksamkeit des neuen Procedurgesetzes daher in erster Linie davon ab, daß das Richteramt nur in die Hände erfahrener und erprobter richterlicher Beamter gelegt werde. Zwei Klippen sind ferner zu vermeiden, die häufigen Tagessatzungs-Erfireckungen, für welche der § 27 des Entwurfes durch Verurtheilung des schuldigen Theiles in die Kosten wirksamen Schutz geschaffen hat, und die Protokollierung der Verhandlungen, welche das Gesetz nicht gestattet, und zwar mit Recht. Denn durch die Protokollierung wird die Basis verrückt, die Leitung der Streitverhandlung entgleitet den Händen des Richters, das mündliche Verfahren entartet zu einem versteckt schriftlichen. Freilich ist ohne genaue schriftliche Aufzeichnung das Rechtsmittel der Appellation nicht anwendbar. Das ist aber nur der Idioten Uebelstand und hat im praktischen Leben wenig Bedeutung; wird aber die genaue Protokollierung vor-

geschrieben, so ist der Geist des Bagatellverfahrens getötet. Wir können daher nur billigen, daß wenn eine Wahl zu treffen war, das Berufungsrecht fallen gelassen worden ist. Für seine Erhaltung hätten wir den Geist des neuen Verfahrens zu opfern, und der Preis wäre doch zu hoch. Allen Werth legt endlich das Gesetz darauf, daß die Verhandlung unmittelbar vor jenem Bezirksrichter stattfinde, der das Urteil schöpft, und daß, wenn der Schluß der Verhandlung ausgesprochen ist, sofort das Urteil sammt Entscheidungsgründen verkündigt werde.

## Die Beamtengehaltsfrage

steht an der Tagesordnung. Der Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Regelung der Bezüge der activen Staatsbeamten und der in die Kategorie der Dienerschaft gehörigen activen Staatsdiener, ist bereits in Druck erschienen. Im allgemeinen Theile dieses Berichtes wird zunächst betont, daß im ganzen 23.455 Beamte mit einem Aufwande an Gehalten von 22,303.066 fl. 1379 Praticanten mit einem Aufwande an Adjuten von 432.700 fl. und im Dienerschaftsstande 15,507 Personen mit einem Aufwande von 5,406.382 fl. bedient sind. Die Eintheilung der Beamten in die ihnen bisherigen Diätenklassen entsprechenden Rangklassen vorausgesetzt, würde der Mehraufwand nach der Regierungsvorlage im Vergleich zu den bisherigen Bezügen betragen bei den Beamten an Gehalten: 3,224.234 fl. an Adjuten 184.700 Gulden, an Functionszulagen 82.500 fl. an Aktivitätszulagen 5,859.700 fl. zusammen 9.351.184 fl.; und gegen das Ersparnis an den entfallenden Quartiergebern und Vocalzulagen von 1,100.838 fl. macht 8,250.346 fl. bei der Dienerschaft 1,351.595 fl. daher im ganzen 9,601.941 fl. Die Regierung beantragt eine Vermehrung der bisherigen Ausgaben für Beamte und Dienner von nahezu 30% Prozent.

Der Ausschuß ist bei seinen Vorschlägen von dem Prinzip ausgegangen, daß der Rang den Gehalt bestimmen müsse. Dem System der Function- und Aktivitätszulagen ist der Ausschuß beigetreten. Ebenso hat er sich dem Prinzip der Gehaltsstufen als dem relativ empfehlenswerthesten angegeschlossen. Die Gehalte selbst wurden nur in der untersten Klasse um je 100 fl. erhöht, dagegen in der IV. Klasse in den beiden ersten Abstufungen um je 200 und 100 fl. vermindert.

Die Ausschließung des gesamten Staatslehrpersonals sowie der Beamten der Bibliotheken und Universitäten von der Gehaltsregulierung fand der Ausschuß nur theilweise für begründet. Was nämlich die Gehalte der Professoren an den Mittelschulen und Lehrer-Bildungsanstalten betrifft, so hat der Ausschuß die dringenden Gründe für eine theilweise Verbesserung derselben anerkannt zu müssen geglaubt. Bei den Professoren an den leitgenannten Lehranstalten in Wien sowie in den Provinzial-Hauptstädten scheint es sich zunächst zu empfehlen, die mit den jüngsten Gehaltsgesetzen normierten Vocalzulagen per 150 fl. einzuziehen und dagegen die Gehalte von 1000 fl. in Wien auf 1200 fl. und an den übrigen Orten von 800 fl. auf 1000 fl. abzurunden.

Was die Bibliotheks-Beamten anbelangt, so ist der Ausschuß davon, die Gleichstellung derselben mit den übrigen Beamten zu beantragen, wieder abgegangen. Anderseits glaubt der Ausschuß die Einbeziehung der Universitäts-Beamten befürworten zu sollen, da bezüglich dieser eine Verbesserung ihrer materiellen Lage in den letzten Jahren nicht stattgefunden hat.

Der Bericht sagt schließlich, daß inbetreff der Kategorie der Beamten der Ausschuß den Zeitpunkt, wo mit einer allgemeine, mit einem so bedeutenden Kostenaufwande verbundene Gehaltsregulierung eintritt, für geeignet hält, um die Regierung aufzufordern: in eine genaue Prüfung über die Notwendigkeit des Fortbestandes der einzelnen Beamtenbranchen einzugehen, fernehin Remunerationen nur dort zu bewilligen, wo dies durch besondere Leistungen gerechtfertigt ist, und die Verbesserung einer die Rechte und Pflichten der Beamten umfassenden Dienstpragmatik in Angriff zu nehmen.

## Tagesneuigkeiten.

— (Se. Exc. der I. l. Postchaster Graf Beust) lehrte am 22. v. M. nach London zurück, um seine diplomatischen Functionen wieder aufzunehmen.

— (Fr. Marie Berg,) die Darstellerin der Heldinnenrollen am grazer Landestheater, hat sich, wie die "Tagesp." meldet, mit dem Grafen Adolar Christallnigg vermählt, nachdem sie tagzuvor in einer ihrer Glanzrollen als Marfa im "Demetrius" von dem Publicum Abschied genommen, zu dessen erklärtesten Lieblingen sie durch eine lange Reihe von Jahren mit vollem Rechte zählte.

— (Das neue Actiengesetz) liegt, wie die "Graz. Blg." erzählt, noch nicht dem Ministerialrat vor; es wurde neuerlich eine ministerielle Commission entsendet, welche den Gesetzentwurf nochmals gründlich durchzuberathen hat, bevor derselbe zur endgültigen Beschlusffassung an den Ministerialrat gelangt.

— (Rettungskästen bei den Bahnhöfen.) Das I. l. österr. Handelsministerium hat an sämtliche Eisenbahndirectionen einen Erlaß gesendet, womit dieselben

angewiesen werden, im Interesse des reisenden Publicums jedem abgehenden Zuge einen wohleingerichteten Rettungskasten beizugeben, sowie ferner für die Unterweisung des Zugbegleitungs- und Stationspersonales in der Hilfeleistung bei vorkommenden Unfällen Sorge zu tragen.

— (Kaninchenzucht.) Ein Consortium hat in Stadt-Enzersdorf nächst Wien ein Haus sammt dazu gehörigen Grundstücken um 42.000 fl. angekauft, um dasselbst die Kaninchenzucht, gleichwie dies in Frankreich und Belgien der Fall ist, im großen zu betreiben und Wien in reichem Maße mit Kaninchenspeis zu versorgen.

— (Cholera in Ungarn.) Während der ganzen Dauer der Epidemie sind in 879 zu 60 Jurisdictionen gehörigen Gemeinden von der 1,934.752 Seelen zählenden Bevölkerung 23.548 Personen erkrankt und hiervon 13.612 genesen, 9364 gestorben und der Rest (572) noch in Behandlung.

## Locales.

— (Die Generalversammlung des laibacher Turnvereins) am Samstag war rein geschäftlich. Die Versammlung drückte über Aufforderung des Vorsitzenden dem bisherigen langjährigen Sprechwart Dr. Emil Ritter v. Süßl für seine mancherlei Verdienste um den Verein durch Erheben von den Sizien den Dank aus, nahm den Rechenschafts- und den Kostenbericht entgegen, welch letzterer ein ganz unerwartet günstiger war, und schritt hierauf zur Neuwahl des Turnrathes. Als gewählt erschienen: Sprechwarte: O. Bamberg, Buchdrucker und Buchhändler, und Ritting, Buchdruckerei-Factor; Christwarte: Prof. Linhardt und Popper, Buchhalter; Sädelwarte: Canioni, Privat, und Presniz, Sparfasskoffier; Turnwarte: Lehrer Eppich und Mravlag, Handlungsscommis; Beugwart: Prof. Cpl; Kneipwarte: J. Schulz, Buchhalter, und Till, Buchhändler.

— (Turnunterricht.) Eltern und Erzieher machen wir auf den am 3. März beginnenden Turnunterricht für Mädchen beim laibacher Turnverein unter Leitung seines Turnlehrers B. Schäfer aufmerksam. Daß das Turnen für Mädchen von großer erziehlicher Bedeutung, ist längst erkannt, und ist es um so notwendiger, als bei der jetzigen Erziehung des weiblichen Geschlechtes, wo eine Überhäufung geistiger Arbeiten nur mit weiblichen Handarbeiten abwechselt, ein Gegengewicht geschaffen werden muß, damit der Geist nicht auf Kosten des Körpers gebildet werde, denn nur in einem gesunden Körper vermag ein gesunder Geist zu wohnen. Da die Gymnastik der neueren Zeit es auch versteht, sich dem weiblichen Geschlecht in jeder Beziehung anzufügen, dürfen wir des Turnen allen Eltern, welchen eine natürliche Erziehung ihrer Töchter am Herzen liegt, empfehlen. Die Unterrichtsstunden finden zurzeit Montag und Freitag Nachmittag 5—6 Uhr in der Turnhalle des laibacher Turnvereins, Gradischa Nr. 53, statt.

— (Staatsstipendien für Lehramts-Candidaten und Candidatinnen.) Aus dem vom I. l. Ministerium für Kultus und Unterricht für Kroain bewilligten Betrage von 6100 fl. erhielten Staatsstipendien die Lehramts-candidaten: Leop. Fercher, Florian Rozman, Josef Travnar, Valentin Živago des III. Jahrganges mit 150 fl.; — Mathias Bartelj, Barthelmä Höcevar, Ludwig Hribar, Josef Kragel, Johann Kutnar, Andreas Lah, Johann Peškovsek, Anton Razinger, Simon Petar des III. Jahrganges, Edwin Blenk, Leopold Hinner, Max Ivanec, Andreas Kmet, Lorenz Leinar, Franz Ribnikar, Franz Seina, Stefan Tomšič des II. Jahrganges, Franz Bojer, Johann Bantan, Anton Gutnik, Franz Medic, Josip Bogocar, Josef Rozman, Franz Staus, Andreas Šest des I. Jahrganges mit 100 fl.; — Josef Hotč Paul Karčić, Franz Koncilijs, Johann Jerovnik des III. Jahrganges, Jakob Cepuder, Franz Hlavka, Franz Krušnik, Johann Nibetic des II. Jahrganges, Franz Medic und Leopold Smolic des I. Jahrgangs mit 50 fl.; — dann die Lehramts-candidatinnen: Maria Borovšky, Johanna Črel, Johanna Frants, Emilie Gusl, Amalie Klančar, Friderike Končegg, Paula Moro, Amalie Negrand, Matilde Schott, Marie Štukly des 2. Jahrganges mit 100 fl.; Theresia Drošler, Friderike Ell, Marie Frants, Rosalia Galle, Marie Hauffen, Sofie Hauffen, Josafina Jeros, Marie Pirnat, Hedwig Scherz, Felicitas Thuma, Elise Triller, Marie Triller, Marie Wegner, Marie Žorič, Anna Žudel des 2. Jahrgangs, Antonie Arko, Frantska Arko, Anna Boček, Luzia Čigoj, Lujza Dolcer, Elise Fleš, Frantska Gonse, Emilie Korochits, Amalie Lenassi, Marie Malek, Viktorine Milek, Albine Müller, Auguste Prešl, Augustine Verbić, Marie Balaznits des 1. Jahrganges mit 50 fl.

— (Beamtenkreis)theilen wir mit, daß die Beamtengehaltsfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus erledigt und die Gehalte der zehnten Rangklasse mit 900, 950 und 1000 fl. festgestellt wurden.

— (Zugverzögerung.) Der wiener Postzug traf gestern anstatt nach 2 Uhr nachts erst nach 7 Uhr morgens, mithin nach fünfstündiger Verzögerung in Laibach ein. Die Ursache dieser Verzögerung liegt in der Thatsache, daß zwischen den beiden von piatoreen Felsenwänden eingeschlossenen Stationen der Südbahn Sagor und Save von den Felsenabhängen sich ein großes Felsstück loslöste und auf das Bahngleise herabwälzte, wodurch der Lauf des Zuges gehemmt, der Postwagenwagen bedeutend beschädigt und eine Zugentgleisung herbeigeführt wurde. Ein Unglücksfall kam nicht vor.

— (Das erste Gastenconcert) in Erfelds Casino-Glassalon war sehr gut besucht; die Gäste waren in der heitersten Stimmung, der größte Theil der Musikstücke der Sachsen-Meiningen-Militärkapelle musste repertiert werden. Die Gesellschaft trennte sich erst nach Mitternacht. Herr Erfeld wird die Gastenconcerte forsetzen.

— (Die slovenische Bühne) bringt heute ein neues Drama, betitelt „Das Gelübde der Madonna“ von Ivan Mohorčič zur Aufführung; diesem folgt die Reprise der Operette „Der erwachte Löwe.“

— (Der slovenische dramatische Verein) beabsichtigt dem Schriftsteller Valentin Mandelc ein Monument setzen zu lassen.

— (Selbstmordversuch.) Aus Neumarkt schreibt man uns: Der 79jährige Gewerksarbeiter Peter Miklaužič hat sich hinter einer Schuppe nächst der Commezialstraße bei Neumarkt mit einem Messer eine Hals- und eine große Bauchwunde beigebracht. Existenzsorgen waren die Ursache des versuchten Selbstmordes.

— (Lad-Predil) Die „N. sr. Pr.“ schreibt: „Angeregt durch einen Artikel des Abgeordneten Dr. Vidušić im „Cittadino“, entwickelt sich in Triest eine Agitation, die dahingeht, daß, gleichviel ob die Läder oder Predilbahnen zur Ausführung gelangt, jedenfalls nur eine solche Combination genehmigt werde, welche der Stadt Triest eine von der Südbahn gänzlich unabhängige zweite Eisenbahnverbindung mit dem Hinterlande gewährt. Dies würde heißen, daß die Predillinie, falls sie zur Annahme gelangen sollte, nicht bei Görg stehen bleiben, sondern von da parallel mit der Südbahn bis Triest weiter geführt, die letzter Bahnhingegen, falls man in letzter Stunde sich für diese entscheiden sollte, von Lax bis Launsdorf über die Karawanken weiter geführt werden müsse, da beide nur in diesen Fällen eine wirklich selbständige und concurrenzfähige Verbindung der Rudolfsbahn mit Triest bewerkstelligen. Da wir für diese Forderung seit dem Zustachen der Predil- und Läder Frage unablässig eingetreten sind, halten wir es für überflüssig, unseren Standpunkt diesbezüglich hier nochmals hervorzuheben.“

— (Zur Weltausstellung.) Die Südbahn trifft großartige Vorbereitungen, um während der Weltausstellung den Verkehrsbedürfnissen zu genügen. Vorläufig ist ein Fahrplan entworfen, wonach täglich hundertundvier Zug, und zwar 52 Züge von Wien ab und 52 Züge in der Richtung gegen Wien verkehren sollen, durch welche im Laufe des Sommers eine Personenzahl von vierzig Millionen befördert werden kann. In jenen Zügen sind die Eis-, Post- und Localzüge inbegripen, ebenso die Vergnügungszüge, die bisher arrangiert worden, doch werden alle diese Kategorien vermehrt werden und insbesondere die Separat-Vergnügungszüge täglich verkehren.

— (Biehung der Bier und sechziger Lose.) Serie 1597 Nr. 41 gewinnt den Hauptpreis. Serie 1130 Nr. 83 gewinnt den zweiten Treffer, Serie 3024 Nr. 34 den dritten Treffer, Serie 931 Nr. 70 den vierten Treffer. Sonstige gezogene Serien: 221, 733, 838, 3527.

— (Theaterbericht vom 1. d.) Die heutige Aufführung von Gounods „Faust“ können wir in die Serie der gelungenen nicht aufnehmen. Herr Kühn (Faust) hatte wohl einige recht günstige Momente, aber das Metall der Stimme versagte gerade bei den schönsten Stellen seinen Klang; die sonst reizenden Stellen ließen heute kalt und still ab. — Fräulein Gerdes war eine recht freundliche Erscheinung, sang mit sehr weichem und zartem Anschlag, jedoch trat Gefangenheit allzu stark in den Vordergrund. Der schwierige Part der Margarethe verlangt langjährige Schule, große Stimmittel, tüchtiges Studium, sicheren und reinen Anschlag; kurz, Gounods Margarethe muß von der elektro-magnetischen Leitung des Taktierstochers emancipiert — sicher und frei — dassehen. Herr Pollak war der Held des Abends; durch unermüdlichen Fleiß und ernsten Willen schwang er sich in kurzer Zeit zum kolossaln Parte des Mephistoëles empor. Die Aufführung dieses schwierigen Partes war — mit Ausnahme der Serenade, die künstlerische Auffassung und poetischen Schwung fordert —

eine recht zufriedenstellende. Herr Pollak wurde mit wohlverdientem Beifall und wiederholtem Hurror声誉 belohnt.

— Herr Woloffs Valentin sitzt in der Sterbeszene überdies noch — unliebsamen Schiffbruch. — Fräulein Rosen war wieder ein superbar Siebel; sturmischer Applaus und Hurror声誉 wurden dem Fräulein zu Theil. — Frau Rosofs Marthe ist eine vortreffliche und erheiternde Leistung, die volle Anerkennung errang. — Chor und Orchester hielten sich tapfer. — Herr Kapellmeister Delin ließ am Dirigentenpulte alle Minen springen, um den Fluss der Oper nicht aufzuhalten. Das in allen Räumen besetzte Haus war heute ausnahmsweise sehr nachsichtig und beifallslustig; Fräulein Gerdes wurde beim Inszenieren mit zwei Kronspenden begrüßt und unzählige male unter Beifallsturm hervorgerufen. Möge die junge talentierte Sängerin auch in weiter Ferne und in späteren Jahren jener überaus freundlichen und beifälligen Aufnahme gedenken, die sie in Laibach erfahren. Wir wünschen dem Fräulein Gerdes eine große künstlerische Zukunft!

— (Theaterbericht vom 2. d.) Heute offerierte uns die deutsche Bühne eine ganz erschreckliche Vorstellung. In dem Drama „Die Herzogin von Braslin“ von J. A. Long reichen Mord und Vergiftung einander die Hände; kalter Schauer zog über den Rücken der Zuschauer; aber Beifall errang das blutige Drama doch; als hervorragend müssen wir die Rollen des Charles Laure (Herr Röder), der Herzogin-Witwe Braslin (Frau Kosky), der Herzogin von Braslin (Fräulein Brambilla) und der Laura de Lucy (Frl. Brand) bezeichnen. Das gut besuchte Haus nahm die Mord-, Vergiftungs- und Conductausstattungen beifällig auf.

— (Aus dem Amtsblatte.) Kundmachungen betreffend 1. die Rekrutierung in Krain pro 1873; 2. Verlosung der krainischen Grundentlastungsbölligationen; 3. Besetzung einer Lehrstelle am Gymnasium in Rudolfswerth.

#### Eingesendet.

#### Constitutioneller Verein in Laibach.

Der Ausschuß beeckt sich hiermit die Herren Vereinsmitglieder zur 45. Versammlung, welche heute Montag den 3. März 1873, abends halb 8 Uhr im Casino-Glassalon stattfindet, höflichst einzuladen.

#### Tagesordnung:

1. Die Gemeinderathswahlen.
2. Die Wahlen für die Handels- und Gewerbezammer.
3. Die Wahlreformvorlage der Regierung.

#### An den öblischen Magistrats-Vorstand hier.

Die wiener Blätter sind voll von Nachrichten über die Defraudationen bei den unter Verwaltung des Magistrates stehenden Kassen. Es wäre wohl eine schnelle authentische Darlegung das beste Mittel, um allen Uebertreibungen die Spitze abzubrechen, umso mehr als die Steuerzahler eine solche zu fordern berechtigt sind. Andernfalls könnte man selbst die ungeheuerlichsten wiener Meldungen für wahr halten.

#### Ein Steuerzähler.

#### Befriedene Anfrage.

Warum bringt die „Laibacher Zeitung“ nicht eine Notiz über die vom hiesigen Steuerinnehmer unterschlagenen gerichtlichen Depositengelder? Will man mit dem Mantel der christlichen Liebe derlei grobartige Defraudationsfälle zudecken und letztere der Offenlichkeit vorenthalten?

Ein Abonnent.

#### Neueste Post.

Berlin, 1. März. Die „Kreuzzeitung“ meldet: Generalpostdirector Stephan beabsichtigt ein Gesamtbild der deutschen Tagesliteratur bei der wiener Ausstellung zu geben und zu diesem Zwecke alle politischen und nicht-politischen Zeitungen und Journale ohne Unterschied in

**Börsebericht.** Wien, 28. Februar. Die Börse begann sehr fest für alle Kategorien und setzte das Höhertreiben der Favoritpapiere fort. Bald aber trat Reaction ein, da sehr viele Limite für Realisierungen vorlagen. Die Kurse wichen, teilweise unter gestrige Notierung. Schrankenwerthe blieben von diesen Vorgängen unbeeinflußt, und zwar besonders die Rente mit Mai-November-Scadenz zur um  $\frac{1}{4}$  p. C. erhöhten Notiz begeht.

#### A. Allgemeine Staatschuld für 100 fl.

	Geld Ware	Geld Ware
Einheitliche Staatschuld zu 5 p. C.: in Roten verzinsl. Mai-November	71.35	71.45
„ „ „ Februar-August	71.10	71.25
„ „ „ Silber „ Jänner-Juli	74.20	74.30
„ „ „ April-Oktober	74.10	74.30
Anlehen v. 1839	319.—	321.—
„ „ 1854 (4 p. C.) zu 250 fl.	98.—	99.—
„ „ 1860 zu 500 fl.	105.—	105.25
„ „ 1860 zu 100 fl.	122.—	123.—
„ „ 1864 zu 100 fl.	148.50	149.—
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. & W. in Silber	116.25	116.75

#### B. Grundentlastungsbölligationen für 100 fl.

	Geld Ware	Geld Ware
Öbhmen	zu 5 p. C.	94.—
Salzien	5 "	77.25
Niederösterreich	5 "	94.—
Oberösterreich	5 "	90.—
Siebenbürgen	5 "	78.25
Steiermark	5 "	90.—
Ungarn	5 "	81.80

#### C. Andere öffentliche Anleihen.

	Geld Ware	Geld Ware
Donauregulierungs-Lose zu 5 p. C.	99.—	99.50
Ung. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.	102.50	102.75
Ung. Privatanleihen zu 100 fl.	102.80	102.70

#### D. Aktien von Bankinstituten.

	Geld Ware	Geld Ware
Anglo-österr. Bank	315.—	315.50
Bauverein	388.—	390.—
Bodencreditanstalt	290.—	292.—
Creditanstalt für Handel u. Gew.	337.25	337.50
Creditanstalt, allg. ungar.	189.—	190.—
Depositenbank	123.—	124.—
Escomptegeellschaft, n. ö.	1150.—	1160.—
Franco-österr. Bank	180.—	180.50
Handelsbank	309.50	310.—
Nationalbank	985.—	986.—
Unionbank	247.50	248.—
Bereinigungsbank	213.—	213.50
Berlehrsbank	229.50	230.50

#### E. Aktien von Transport-Unternehmungen.

	Geld Ware	Geld Ware
Alsfeld-Hümmerer-Bahn	173.50	174.—
Böh. Westbahn	229.—	229.25
Karl-Ludwig-Bahn	229.—	229.25
Donau-Dampfschiff.-Gesellschaft	666.—	669.—
Elisabeth-Westbahn	245.—	245.50
Elisabeth-Westbahn (Ring-Bahn)	—	—
weiser Strecke	—	—
Ferdinand-Nordbahn	2270.—	2275.—
Günzirchen-Barcer-Bahn	187.—	188.—

#### F. Pfandbriefe (für 100 fl.)

	Geld Ware	Geld Ware
Allgem. österr. Bodencreditanstalt	100.—	100.50
dto. in 33 J. rückz. zu 5%, in ö. W.	88.—	88.50
Nationalbank zu 5%, ö. W.	90.20	90.40
Ung. Bodencreditanstalt zu 5½ %	86.—	86.50

#### G. Prioritätsobligationen.

	Geld Ware	Geld Ware
Elis.-Westb. in S. verz. (1. Em.)	92.50	93.—
Ferd.-Nordbahn in Silber verz.	102.—	102.50
Frs.-Jos.-Bahn	100.50	101.—
G.L.-Ludw.-B. i. S. verz. 1. Em.	101.50	102.—
Desferr. Nordwestbahn	100.50	101.—

eine Sammlung zu vereinigen. Im Interesse der Übereinstimmung sind überall die Zeitungsnummern vom 22. März hierzu bestimmt.

Paris, 1. März. „L'Union“ von gestern veröffentlicht eine Proclamation Don Alfonso's, des Bruders von Don Carlos, an das spanische Heer, mit der Aufrufforderung, sich mit den Carlisten zu vereinigen, indem er allen Offizieren Rangerhöhung verspricht. Die Streitkräfte der Carlisten dürfen sich auf 35 000 Mann belaufen.

London, 1. März. Die spanische Brigg „Manlio“ stieß am 28. Februar im Hafen von Cadiz mit einem französischen Schiffe zusammen und wurde in den Grund gesunken. 92 Reisende sind bei diesem Unfall verunglüchtigt.

#### Telegraphischer Wechselkurs

vom 1. März.

Pav.-Rente 71.35. — Silber-Rente 74.25. — 1880er Staats-Anlehen 104.75. — Bank-Aktionen 983. — Credit-Aktionen 239.25. — London 109.10. — Silber 107.75. — S. t. Münz-Ducaten. — Napoleonsd'or 8.70.

#### Handel und Volkswirthschaftliches

Wochenanweis der Nationalbank. (Nach § 14 der Statuten und auf Grund der Gesetze vom 5. Mai und 25. August 1866.) Veränderungen seit dem Wochenanweis vom 19. Februar 1873: Banknoten-Umlauf 305.502.890 fl.

Hievor ab: Am Schlusse des Monates bar zu beginn des Hypothekar-Anweisungsgeschäfts (§ 62 der Statuten) 546.621 Gulden.

Ver